

ANLAGE 0

klem61/0 2171-2013

Interdisziplinäres, dialogisches Werkstattverfahren zur Erstellung einer Planungs- und Entwicklungskonzeption für den Mülheimer Süden inklusive Hafen als Fortschreibung des Rechtsrheinischen Entwicklungskonzeptes Teilraum Nord (REK-Nord);

hier: Konzeptbausteine und Vorgaben der Aufgabenstellung
Vorlage 2171/2013

hier: Begründung der Dringlichkeit zur Herbeiführung des Beschlusses in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss am 11.07.2013

In der 38. Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss sagte Herr Beigeordneter Höing zu, die einzelnen Konzeptbausteine der Aufgabenstellung des Werkstattverfahrens Mülheimer Süden inklusive Hafen unter Berücksichtigung der Vorgaben und der Ausgangsbedingungen zur nächsten Sitzung genauer vorzustellen.

Um diese Zusage und den veranschlagten Zeitplan für das Werkstattverfahren Mülheimer Süden inklusive Hafen einzuhalten, ist die abschließende Behandlung der Vorlage durch den Stadtentwicklungsausschuss am 11.07.2013 erforderlich.

Damit die zuständige Bezirksvertretung 9 (Mülheim) vor diesem Termin ebenfalls Gelegenheit zur Beratung der Vorlage hat, erhält sie die Vorlage bereits vor dem Stadtentwicklungsausschuss zu ihrer Sitzung am 08.07.2013.

In die Vorbereitung und Durchführung des Werkstattverfahrens sind die Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer eng eingebunden. Sie haben sich bereit erklärt, das Werkstattverfahren zu unterstützen bzw. bei diesem mitzuwirken. Im Zuge dessen sind sie gebeten, ihre individuellen Entwicklungsüberlegungen für die ca. sechs Monate Dauer des Verfahrens auszusetzen, um anschließend auf den Werkstattresultaten aufbauen zu können.

Kann das Verfahren nicht mehr im Jahr 2013 abgeschlossen werden, so bedeutete dies für die Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer eine verlängerte Unterbrechung ihrer Entwicklungsbemühungen.

Sollte eine Entscheidung durch den Stadtentwicklungsausschuss am 11.07.2013 nicht erfolgen, verzögerte sich der Beginn des Verfahrens, dessen Grundlage die zu beschließenden Konzeptbausteine der Aufgabenstellung sind, bis in den Herbst. Ein Abschluss des Verfahrens in 2013, wäre so nicht möglich.